

Paibacher Zeitung.



Nr. 103.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzl. fl. 11, halbj. fl. 5.50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 50 kr. Mit der Post ganzl. fl. 15, halbj. 7.50.

Freitag, 7. Mai.

Insertionsgebühr: Für kleine Inserate bis zu 4 Zeilen 25 kr., größere per Zeile 6 kr.; bei öfteren Wiederholungen per Zeile 3 kr.

1880.

Amtlicher Theil.

Der Finanzminister hat den Finanzprocurator-Adjuncten Dr. Eduard Förster zum Secretär bei der Finanzprocuratur in Triest ernannt.

Erkenntnis.

Das I. I. Landesgericht als Presgericht in Triest hat auf Antrag der I. I. Staatsanwaltschaft mit dem Erkenntnis vom 18. April 1880, Z. 2765, die Weiterverbreitung der Zeitschrift „L'Indipendente“ Nr. 1038 vom 17. April 1880 wegen des Artikels „Felice Cavallotti“, beginnend mit „Jori mattina si attendeva“, dann wegen des Artikels „Indirizzi a Cavallotti“, beginnend mit „Jori allo oro 3.40 pervenno“, nach § 65 St. G. verboten.

Nichtamtlicher Theil.

Zeitungschau.

Angesichts der Vorgänge im böhmischen Landes- culturrahe äußert sich das „Fremdenblatt“: Die Jahres- versammlung des reorganisierten böhmischen Landes- culturrahes beweist neuerdings, wie sehr man sich hüten muß, die Schlagworte von dem entbrannten Nationali- tätenhader für bare Münze zu nehmen. Wir haben schon häufig vor solchen rhetorischen Uebertreibungen gewarnt, und die heutigen Prager Berichte rechtfertigen diese Mahnung. Die Sitzung des Landes- culturrahes beweist vielmehr, wie sehr man in Böhmen von der Nothwendigkeit durchdrungen ist, wenigstens auf dem ökonomischen Gebiete zu einer Verständigung und zu einer Gemeinsamkeit des Handelns zu gelangen. Daher kam es auch, daß ungeachtet einseitiger Bestrebungen für die Wahlen in den Ausschuss ein Com- promiß vereinbart wurde, demzufolge vier Deutsche und fünf Tschechen in den Vorstand gewählt wurden. Der Vorsitzende sprach auch den Wunsch aus, der Culturrahe möge ein „Bruderband der beiden Natio- nen“ werden, also ein „Muster für die gesammte Monarchie“. Gewiß wäre es zu wünschen, daß dieses Musterbeispiel nicht vereinzelt bleibe und daß minde- stens auf dem weiten Gebiete der wirtschaftlichen Auf- gaben die Gemeinsamkeit der Interessen die nationalen Gegensätze bezwinde.

Die „Mont.-Rev.“ beklagt es, daß die Budget- debatte ohne jede zwingende politische Nothwendigkeit so viel Zeit in Anspruch nehme und daß dadurch der Moment hinausgeschoben wird, in dem es dem Grafen Taaffe möglich sein werde, die Consequenzen der Ab- lehnung des Dispositionsfondes zu ziehen. Das Blatt schreibt: In den Reihen der Linken weiß man sehr wohl, daß Graf Taaffe, falls jener Beschluss nicht mitten im Budget erfolgt wäre, ohne weitere Prüfung von Umständen, die in unserem Falle immerhin ihre Bedeutung haben, dem Willen der gegen ihn gerichteten Mehrheit entsprochen hätte, und wie nur die Thatsache, daß ein großer Theil des Verwaltungsjahres ver- strichen ist, ohne daß der Staatshaushalt noch fest- gestellt wurde, und die Nothwendigkeit, einigen äußerst dringlichen Staatsverträgen die Zustimmung des Reichs- rathes innerhalb einer knapp bemessenen Frist zu ver- schaffen, den derzeitigen Chef des Cabinets für so lange Zeit an seinen Platz fesselt, bis diese Dinge zum Ab- schlusse gebracht sind. Trotz aller Oppositionslust haben wir keine Stimme vernommen, welche dieses patriotische Opfer des Ministerpräsidenten perhorrescierte oder auch nur zu verkleinern suchte. An uns, den Verfechtern der Politik des Grafen Taaffe, ist es, zu fragen, warum weiter hinausgeschleift, in welchem wenigstens der dem Premier betreffende Programmpunkt der Linken seine Bewirkung finden könnte?

In Bezug auf das Budget erscheint der breite Redestrom, der nun schon seit vier Wochen stetig an- schwillt, vollkommen überflüssig, und auch seine auf- erregende Wirkung bei dem naiveren Theile der Bevöl- kerung möchte keineswegs zu preisen sein. Allein es wohnt ihm doch auch seine gute Bedeutung inne. Der Kampf, welchen die beiden großen Parteien jetzt im Abgeordnetenhaus führen, kann nur kurzfristigen als eine Verschärfung des bisherigen Zustandes erscheinen. Mit welchem Maßstabe will man ihn denn messen, mit welchem früheren Momente vergleichen? Wann waren die Tschechen, mit Ausnahme des Jahres 1861, überhaupt im Reichsrathe? Kann es jemand wagen,

zu behaupten, sie forderten heute dasselbe oder gar mehr, als zu jener Zeit? Klingt nicht noch jeder- mann das böhmische Staatsrecht im Ohre, welches das Reich beherrschen sollte, und ist nicht damals die Ver- schärfung des Gegensatzes eingetreten, die als Compa- rativ in dem Siftierungspatente und als unvergleich- licher Superlativ in den Fundamentalartikeln erschien? Und jetzt? Niemals wieder können die böhmischen Abgeordneten slavischer Zunge daran denken, den öster- reichischen Reichsrath der Dezemberverfassung zu ver- lassen, ohne politisch vollständig zu abdiciere und in den Augen Europas lächerlich zu erscheinen, niemals mehr können sie für die Verwirklichung ihrer Wünsche einen anderen Weg, als den der Verfassung einschlagen.

Hat man ein Recht, diese Veränderung der Situa- tion als eine Verschärfung der bestehenden Gegen- sätze auszusprechen? Liegt nicht vielmehr die größte, die entscheidende Milderung darin, daß es gelungen ist, den Gegner vom staatsrechtlichen auf den nation- alen, vom reactionären auf einen modernen Stand- punkt zu drängen? Nur Thoren konnten voraussetzen, daß die erste Begegnung alter Widersacher ohne einen heftigen Zusammenstoß erfolgen, daß sie sich eines schönen Morgens gerührt in die Arme fallen würden. Der Kampf, dessen Schauplatz das Abgeordnetenhaus zur Stunde ist, mußte unter allen Umständen ausge- fochten werden. Was ein österreichischer Staatsmann zur Abschwächung desselben beitragen konnte, hat Graf Taaffe gethan, indem er die nahezu gleiche Kraft der beiden Kämpfer sich frei entfalten ließ und auf solche Art die Ringenden zwang, dieser Stärke Rech- nung zu tragen. Nur so konnte es gelingen, mit dem Hinweise auf die Macht der Verfassungspartei der Rechten den Verzicht auf staatsrechtliche Belleitaten aufzuerlegen, in dessen die Linke, leider gegen ihren Willen, ihren Gegnern eine größere nationale Ent- wicklung zugestehen muß. Die Meinungen unserer Abgeordneten sind noch nicht abgeklärt, und insbesondere in der Verfassungspartei läßt der Groll um den Ver- lust der langgewohnten Herrschaft eine größere Ruhe des Urtheiles vorerst nur schwer aufkommen. Trotzdem kann ein guter Beobachter den heranziehenden Wechsel schon erkennen. Jede Partei sagt sich, daß sie, wenn sie dauernd regieren will, bei der anderen verlässliche Bundesgenossen werben müsse, jede studiert den Preis dieses Compromisses. Die Linke meint aber, sie als Minorität könne unmöglich eine Offerte machen, wäh- rend die Rechte, die so lange „vom harten Brode der Minorität“ zehrte, sich beeilt, vorerst einen Theil dessen in Sicherheit zu bringen, was ihr ihre Mehrheit zu erobern gestattet.

Mit dem Schlusse der Session kommt auch das Ende dieser Situation. Sowie die Folgen des Votums über den Dispositionsfond ihren praktischen Ausdruck finden werden, müssen die jetzigen Parlamentshälften die Frage entscheiden, ob es möglich sei, auf jeden einheitlichen Gedanken in der Legislation wie in der Administration zu verzichten, den Zufall zum Herrn des österreichischen Parlamentarismus zu machen. Wir zweifeln, daß irgend eine Partei bewusst lieber das Los als den guten Willen wird entscheiden lassen davon überzeugt, daß jetzt noch geschieden ist, was zusammengehört, und beisammen, was sich naturgemäß trennen muß. Der einzige Wert der Budgetdebatte liegt darin, daß sie den Vorhang bildet, hinter wel- chem sich die Einsicht der Einzelnen klärt, wobei viel Einseitigkeit und Engherzigkeit in die Kämmer wandert, die Herzen freier werden und die Gemüther einander näher rücken. Es wird sich eine wirkliche, eine coalitierte Majorität constituieren müssen, welche die Zügel der Regierung ergreift, und zwar genau jene Mehrheit, welche sich Graf Taaffe vor dem Einzel- parteitag als Majorität gedacht und der entsprechend er sein Cabinet zusammengesetzt hatte.

Oesterreichischer Reichsrath.

21. Sitzung des Herrenhauses.

Wien, 4. Mai.

Präsident Graf Trauttmansdorff eröffnet die Sitzung um halb 12 Uhr.

Es gelangt das Gesetz über die Kunstwein- fabrication zur Verhandlung.

Baron Winterstein spricht gegen das Gesetz, indem er einestheils Chicanen gegen sonst solide, wein-

producierende und mit Wein handelnde Personen in- folge Ausführung des Gesetzes befürchtet, anderentheils den entsprechenden Schutz der Weinhändler in dem vorliegenden Gesetze vermisst; auch würde die Erlas- sung eines derlei Gesetzes nur das Mißtrauen des Auslandes gegen österreichische Weine hervorrufen. Baron Härdtl findet das Gesetz sowohl unnötig als auch gefährlich, und zwar aus nahezu denselben Gründen wie der Borredner. Abt Helfferstorfer ist überzeugt davon, daß in Oesterreich Kunstwein fabriciert wird, sowie davon, daß der Producent des Naturweines durch den Producenten des Kunstweines geschädigt wird. Die Erzeugung des Naturweines be- darf aber eines gesetzlichen Schutzes. Eine richtige Praxis in der Handhabung des Gesetzes wird sich binnen kurzem herausbilden.

Minister Graf Falkenhayn weist auf die vielen Klagen hin, die von der weinbauenden Bevöl- kerung erhoben wurden. Da sei es Pflicht, wenigstens für den Augenblick durch Botierung des Gesetzes etwas Gutes zu stiften, wenn auch damit künftiges Besseres nicht ausgeschlossen ist. Die Gewinnung des Weines ist so vielen Zufälligkeiten und Gefahren ausgesetzt, daß es als Pflicht des Staates anerkannt werden muß, den Weinproducenten zu schützen. Nachdem Redner hauptsächlich die Einwürfe des Baron Winter- stein widerlegt, bittet er das Haus, in die Special- debatte des Gesetzes einzugehen.

Es wird hierauf das Gesetz in der von der Com- mission vorgeschlagenen, von der Fassung des Ab- geordnetenhauses theilweise abweichenden Fassung in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Es gelangt nun der Gesetzentwurf, betreffend die Zugeständnisse und Begünstigungen für Localbahnen, zur Berathung.

Baron Winterstein will zwar das Gesetz votieren, erhebt aber Bedenken dagegen, daß der Re- gierung auf drei Jahre hinaus eine unbedingte Voll- macht erteilt werde. Ebenso vermisst Redner in dem Gesetze die Fixierung der Fahrgeschwindigkeit, durch welche eine Local- oder Vicinalbahn von anderen Bahnen sich unterscheiden würde.

Minister Baron Korb-Weidenheim führt aus, daß darin, daß man der Regierung eine Voll- macht gebe, gewisse Gesetze oder Verträge perfect zu machen, keineswegs eine Gefahr liege. Speciell weist der Minister auf die Verlängerung des Handelsver- trages mit Deutschland hin, die bei der Eigenthüm- lichkeit der Handelsverhältnisse nicht leicht in anderer Weise hätte zustande kommen können. Bei Conces- sionen zu Localbahnen muß die Schwerfälligkeit unseres legislativen Apparates und der Umstand berücksichtigt werden, daß das Zustandekommen einer solchen Bahn oft von einer genau begrenzten kurzen Zeit abhängt. Die Localbahnen sind übrigens nicht nur nach dem Beispiele anderer Staaten, sondern auch in Berück- sichtigung der Entwicklungsstufe unseres Eisenbahn- wesens für uns eine absolute Nothwendigkeit. Eine allgemeine Fixierung der Fahrgeschwindigkeit ist, wie Redner aus Beispielen nachweist, nicht praktisch und auch nicht möglich. Das Eisenbahn-Concessionierungs- Gesetz vom Jahre 1874 gibt übrigens die betreffen- den nothwendigen Regulative. Auch die Verantwort- lichkeit des Ministers schützt vor einem eventuellen Mißbrauche. Der Minister bittet, in die Special- debatte des Gesetzes einzugehen.

Nachdem noch der Berichterstatter die einzelnen Verfügungen des Gesetzes eingehend begründet, wird das Gesetz den Anträgen der Commission gemäß in zweiter und dritter Lesung angenommen und die Si- zung geschlossen. — Der Tag der nächsten Sitzung ist nicht bestimmt.

87. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Wien, 4. Mai.

Präsident Graf Coronini eröffnet die Sitzung um 11 Uhr.

Die Budgetdebatte wird beim Titel „Staats- Eisenbahnbetrieb“ fortgesetzt.

Abg. Monti wünscht im Interesse der Hebung des Verkehrs die Verlängerung des dalmatinischen Eisenbahnnetzes bis Anin. Abg. Pezz bemerkt, daß der diesbezügliche Antrag über Vorschlag des Abgeord- neten Kieger vom Eisenbahnausschusse abgelehnt wor- den sei.

Das neue englische Cabinet.

Ueber die von Mr. Gladstone gewählte Zusammensetzung des neuen englischen Cabinetes und die von demselben voraussichtlich einzuschlagende äußere Politik schreibt man der „Pol. Corr.“ aus London: „Die Zusammensetzung, die Mr. Gladstone seinem Cabinet gab, hat allgemein überrascht. Man glaubte, daß er mindestens drei oder vier Radicale ins Ministerium berufen werde und daß das neue Cabinet ein Ministerium von jungen, unruhigen, fortschrittlichen Männern sein werde. Indessen wählte er sich dieselben Männer aus, wie im Jahre 1868, jene Männer, die Lord Beaconsfield als erloschene Vulcane bezeichnete. Nur Einen Radicale, Mr. Chamberlain, nahm er ins Cabinet, allerdings einen Radicale reinsten Wassers, einen Feind der anglicanischen Kirche, der religiösen Erziehung in den Schulen und der Privilegien der Großgrundbesitzer. Der Charakter des neuen Cabinetes wie des neuen Parlaments wird der gemäßigste Liberalismus sein. Uebrigens ist es gewiß, daß die meisten Mitglieder des Cabinetes in ihren Anschauungen mehr zu den Conservativen als zu den Liberalen hinneigen. Es gibt keine beharrlicheren Vertheidiger der alten Institutionen des Landes, als Lord Hartington und Lord Granville.

„Der Herzog von Argyll ist wohl ein heftiger Redner und hat sich erst jüngst durch seine herbe Kritik der orientalischen und indischen Politik Salisbury's bemerklich gemacht; allein er ist Großgrundbesitzer in Schottland, sein Sohn ist der Gatte der Prinzessin Louise, Tochter der Königin, und er selbst hat sich entschieden gegen eine radicale Politik in religiösen und agricolen Fragen ausgesprochen. Der Lordkanzler Lord Selborne ist gleichfalls als warmer Anhänger der anglicanischen Kirche bekannt. Lord Kimberley war in seinen politischen Ansichten stets sehr gemäßig, und dasselbe kann man von Lord Northbrook sagen, der ehemals Vicokönig von Indien war und mit dem Bankhause Baring nahe verwandt ist. Der Staatssecretär des Krieges, Mr. Childers, und der Secretär für Irland, Mr. Forster, sind ausgezeichnete Verwaltungsbeamte ohne ausgesprochene politische Ansichten. Der Staatssecretär des Innern, Sir William Harcourt, ist eine Autorität in Fragen des internationalen Rechtes, ein beißender, epigrammatischer Redner, der übrigens in seinen Thaten stets viel gemäßigter sich zeigte, als in seinen Reden. Mr. Bright ist allerdings nach wie vor ein Radicaler, allein er wird alt und seine Gesundheit ist erschüttert. Offenbar wurde ihm mehr als Gefälligkeit die Sinecure der Kanzlerschaft des Herzogthums Lancaster übertragen. Man ist sehr neugierig darauf, wie der ausgesprochene Radicaler Mr. Chamberlain, der erst voriges Jahr Lord Hartington im Parlamente heftig angegriffen und als den „ehemaligen Chef der liberalen Partei“ bezeichnet hat, sich nunmehr mit seinen Collegen vertragen werde. Vielleicht wird die Süßigkeit des Machtgeföhls seinen Reformeifer abkühlen, sonst dürfte er wohl nicht lange im Cabinet verbleiben. Anfänglich glaubte man, Mr. Gladstone werde Sir Charles Dilke, der für einen Ministerposten viel besser taugt als Mr. Chamberlain, ins Cabinet berufen; er scheint jedoch aus Rücksicht für die Königin davon abgekommen zu sein, da Dilke zu wiederholtenmalen im Unterhause seinen antimonarchischen Gesinnungen Ausdruck gegeben und dadurch die königliche Familie gekränkt hat. Man gab deshalb Dilke den Posten eines Unterstaatssecretärs im Departement des Aeußern, wo er sich durch seine ausgedehnten Kenntnisse und durch die Entschiedenheit seiner Ansichten bemerklich zu machen Gelegenheiten hat. In Fragen äußerer Politik nähert er sich mehr den Anschauungen Beaconsfields, als den romantischen Visionen Mr. Gladstones.

„Ueber die von dem neuen Cabinet zu befolgende äußere Politik kann man noch nichts sagen. Sehr viel hängt in dieser Beziehung von den in den Archiven der Ministerien befindlichen geheimen Documenten ab, in die Einsicht zu nehmen die neuen Minister noch keine Gelegenheit hatten. Nach den Erklärungen jedoch, welche die Minister im engen Comité ihrer Freunde im Reformclub abgegeben haben, kann man wohl so viel sagen, daß sie nicht beabsichtigen, plötzlich und radical die Politik ihrer Vorgänger zu ändern. Man denkt nicht daran, die Insel Cypren der Türkei zurückzugeben, gegen die Fortdauer der österreichisch-ungarischen Occupation in Bosnien zu protestiren oder Bulgarien zu ermuntern, sich mit Gewalt Ostrumeliens zu bemächtigen. In Afghanistan wird man an der „wissenschaftlichen Grenze“ Lord Beaconsfields, obwohl man dieselbe in der Opposition heftig bekämpfte, festhalten, doch befaßt man sich ernstlich mit dem Plane der gänzlichen Räumung des afghanischen Gebietes, einschließlich Kandahars, sobald nur die Afghanen einen neuen Emir gewählt haben. Sonst wird sich das Ministerium vorzugsweise mit inneren Fragen beschäftigen. Sollten die englischen Interessen neuerdings durch Rußland bedroht werden, so dürfte Lord Granville in einer Depesche wohl dagegen protestiren, schwerlich aber eine Flotte nach der Besikabai oder indische Truppen nach Malta entsenden.“

Aus den Niederlanden.

In den Niederlanden ist die Schulfrage, die vor zwei Jahren nach schweren Kämpfen durch ein neues Volksschulgesetz geregelt wurde, eben daran, als Finanzfrage wieder auf die Tagesordnung zu kommen. In jenem Schulgesetze ist ausgesprochen, daß der Staat den Gemeinden 30 Procent der Schulkosten vergüten werde; das wird mehr als fünf Millionen Gulden in Anspruch nehmen, eine sehr empfindliche Belastung für die niederländischen Staatsfinanzen, die ohnehin mit einem von Jahr zu Jahr wachsenden Deficit zu kämpfen haben. Es sind neue Steuern nothwendig und auch schon vorgeschlagen, darunter eine Couponsteuer, die auf vielen Widerspruch stoßen. Der Minister des Innern, Jonker Sir, hatte bei seinem Amtsantritte erklärt, er wolle das neue Volksschulgesetz am 1. Jänner 1881 in Wirksamkeit treten lassen; davon ist er zurückgekommen, die Wirksamkeit soll am 1. November d. J. beginnen, und der Minister verlangt daher von den Generalstaaten einen Nachtragscredit von einer Million Gulden, um die Staatsbeiträge zu den Schulkosten in den Monaten November und Dezember leisten zu können.

In der zweiten Kammer der Generalstaaten fand kürzlich die Verhandlung über die mehrerwähnte Convention vom 7. Jänner d. J. mit Luxemburg wegen Aufhebung gegenseitiger Schuldsforderungen der Niederlande und Luxemburgs an einander und wegen der künftigen diplomatischen Vertretung Luxemburgs durch niederländische Diplomaten statt. Das von der Regierung abgegebene Versprechen, diese Vertretung fortzusetzen, wurde in der Kammer sehr bedenklich gefunden, worauf der Minister des Aeußern, Baron van Lynden, erwiderte, das Versprechen bilde gar keinen Bestandtheil des Uebereinkommens mit Luxemburg und sei kündbar, sobald die Regierung die Kündigung im Interesse der Niederlande gelegen glaube, auch werde auf luxemburgischer Seite diese Auffassung getheilt. Zudem handle es sich nicht um eine Vertretung des Großherzogthums Luxemburg als solchem durch niederländische Diplomaten, sondern nur um den gelegentlichen Schutz luxemburgischer Unterthanen durch dieselben. — Der Abgeordnete Heydenryk war mit dieser Erklärung nicht zufrieden, sondern beantragte eine Resolution, in welcher die Kammer erklären sollte, auch die zeitweilige Vertretung Luxemburgs durch die diplomatischen Agenten der Niederlande sei den Interessen der Niederlande entlegen. Die Resolution wurde abgelehnt und die Convention mit 54 gegen 20 Stimmen angenommen unter ausdrücklicher Bezugnahme auf die Erklärung der Regierung, daß die Luxemburg versprochene Vertretung sich nur auf den Schutz der Privatinteressen luxemburgischer Unterthanen beziehen solle.

Der Minister des Aeußern, Baron van Lynden, hat im Verlaufe der Debatte einige Aeußerungen gethan, welche Aufsehen erregten. Er sagte unter anderem: „Es ist durchaus nicht unmöglich, daß Luxemburgs Stellung in einiger Zeit eine ganz andere sein wird. Es kann so kommen, daß die Niederlande ein unabhängiges oder einem der großen Nachbarstaaten einverleibtes Luxemburg vor sich haben, und in diesen Fällen wäre es recht bedenklich für die Niederlande, eine so schwierige Frage, wie die der beiderseitigen Schuldsforderungen, erst lösen zu müssen.“

Tagesneuigkeiten.

— (Besuch des Kaisers in Steyr.) Die Deputation der Stadt Steyr, bestehend aus den Herren Bürgermeister Pointner, Reichsrathsabgeordneten Widhoff und Wilhelm Klein, welche an den Allerhöchsten Hof behufs Einladung Sr. Majestät des Kaisers zum Besuche des 90jährigen Jubiläumfestes der Stadt Steyr abgefandelt wurde, ist am 4. d. M. von Sr. Majestät dem Kaiser in einer Audienz empfangen worden. Der Kaiser empfing die Deputation außerordentlich huldvoll. Auf die Einladung des Bürgermeisters zum 90jährigen Jubiläumsfeste erwiderte der Kaiser: „Ich danke Ihnen für Ihre freundliche Einladung, wenn es Mir nur irgend möglich ist, werde Ich derselben Folge leisten; Ich werde Mich freuen, Steyr nach so langer Zeit wieder zu sehen. Ich möchte der Stadt gerne einen Beweis Meiner Zuneigung geben und die Waffenfabrik besichtigen.“

— (Deutsche Schiller-Stiftung.) Nach dem durch den Verwaltungsrath in Weimar ausgegebenen 20. Jahresberichte wurden bei der letzten Generalsammlung der Liste der lebenslänglichen Stiftungs-Pensionäre folgende Namen hinzugefügt: Josef v. Eichenborffs Tochter: Frau v. Besserer-Dahlstgen in Weihen-Edlnitz in Mähren, Fr. Louise v. François in Weihenfels, Julius Mosens Witwe in Oldenburg, Eduard Mörikes Witwe in Stuttgart, Friedrich Rückerts Tochter: Fr. Marie Rückert in Neufß, Oberregierungsrat v. Struenses (Gustav v. Sees) Witwe in Breslau. Auf zehnjährige Dauer wurden die Pensionen der folgenden Empfänger verlängert: J. N. Bogls Witwe in Wien, L. Feldmann in Wien und Dr. Kötter und Walebrode in Stuttgart.

— (Kasernbrand.) Am 2. d. mittags kam, wie gemeldet, in der Kaserne zu Freistadt, Oberösterreich,

Nachdem noch der Referent Dr. Schaupt gesprochen, werden die Kosten für die Istrianer Bahn, die Tarnow-Reluchower Bahn und die dalmatinische Bahn nach den Anträgen des Ausschusses bewilligt.

Zu Post 4, „Kafonig-Brotwiner Bahn“, spricht Abg. Tonner und weist auf verschiedene Uebelstände, insbesondere im Werkstättendienste hin. Abg. Teuschl spricht über die Tarifpolitik und drückt den Wunsch aus, daß bei dem Anschlusse an die italienischen Bahnen durch geeignete Feststellung der Tarife das österreichische Interesse gewahrt werden möge. Nachdem noch Abg. Pez und der Referent Dr. Schaupt gesprochen, werden die Posten 4 bis 13 nach den Anträgen des Ausschusses angenommen.

Zu Titel 8, „Staatseisenbahnbau“, sowie der hiezu beantragten Resolution, betreffend die Einholung der Indemnität bezüglich der vom Staate erworbenen Bahnen, spricht Abg. Fürnkranz und befürwortet den Bau der Linie St. Pölten-Krems. Er beantragt eine diesbezügliche Resolution, welche dem Budgetausschusse zugewiesen wird. Titel 8 und die Bedeckung wird unverändert eingestellt.

Es folgt die Verhandlung über das Capitel „Ackerbauministerium“.

Abg. Tausche weist auf die Nothwendigkeit der Hebung der landwirtschaftlichen Industrie hin und wünscht von der Regierung ein wirtschaftliches Programm zu hören. Abg. Obratschai beklagt, daß der Landwirtschaft bisher von Seite des Parlaments nicht die entsprechende Aufmerksamkeit zugewendet worden sei. Zwar bestehe das Wasserrechtsgesetz, aber es mangle dem Landwirte das Geld, um von diesem Gesetze Gebrauch zu machen. Speciell lenkt Redner die Aufmerksamkeit des Ministers auf das Oder- und Morawathal, indem er die dringend nothwendige Regulierung der Oder in der Umgebung von Oderberg bespricht und die Resolution stellt, das Ackerbauministerium möge noch im Laufe dieses Jahres einen Nachtragscredit für diesen Zweck in Anspruch nehmen.

Abg. Adámek sen. sucht darzulegen, daß die Entwicklung der Agricultur nur im Wege autonomer Einrichtungen erfolgen könne. Verfassungsmäßig sei diese Angelegenheit ohnehin Sache der Landtage. Abg. Siegl entgegnet dem Abg. Adámek: Er sei einverstanden damit, daß die Landeskultur-Angelegenheiten den Ländern überlassen werden, allein dann müßten auch die Subventionen von denselben bestritten werden, und damit würden wahrscheinlich die Landwirte nicht zufrieden sein. Redner macht den Minister auf die Nothwendigkeit einer genauen Ackerbaustatistik sowie auf die dringend gewordene Regelung der Fischerei aufmerksam, und beantragt schließlich in einer Resolution, daß im nächstjährigen Budget die Subventionen für Landeskultur aus dem Extra-Ordinarium ins Ordinarium übertragen werden sollen.

Titel 1, „Centralleitung“, wird hierauf unverändert angenommen. Zu Titel 2, „Staatliche Lehr- und Versuchsanstalten“, spricht Abg. Tausche über die Organisation des landwirtschaftlichen Unterrichtes und das Institut der Wanderlehrer. Abg. Hausner betont, daß Oesterreich ein vorwiegend agricoler Staat sei und daß daher die Richtung seiner Initiative zur Hebung der Landeskultur gegeben sein sollte; allein thatsächlich sei dies nicht der Fall. Statt einer stabilen Subvention fungiere im Budget eine unzulängliche Summe von 330,000 fl. als Provisorium. Für den landwirtschaftlichen Unterricht werde nicht das gethan, was der Aufgabe des Staates angemessen wäre. Das kleine Scherlein, welches als Almosen im Extra-Ordinarium stehe, müsse entschieden ins Ordinarium übertragen werden, und beantragt Redner für das nächstjährige Budget eine diesbezügliche Resolution.

Ackerbauminister Graf Falkenhayn betont, daß Oesterreich durch seine geographische Lage auf die Pflege der Landwirtschaft angewiesen sei. Eine blühende Landwirtschaft wirke auch auf die Entwicklung der Industrie zurück. Das Ackerbauministerium sei zwar nicht in der Lage, Mißernten zu verhindern, aber so weit Ueberschwemmungen und Verheerungen durch Flussregulierungen vorgebeugt werden könne, habe es so rasch und ausgiebig als möglich einzugreifen. Seine Hauptaufmerksamkeit habe es jedoch dem landwirtschaftlichen Unterricht zuzuwenden und für Verbreitung der nöthigen Kenntnisse, namentlich für einen intensiveren Betrieb der Landwirtschaft in den betreffenden Kreisen zu sorgen. Das Ziel sei hier die Popularisierung der Lehren der Ackerbauwissenschaft. Inbetreff der landwirtschaftlichen Subventionen erklärt schließlich der Minister, daß dieselben überall, wo das Bedürfnis vorhanden, gewährt werden sollen, wenn damit das allgemeine Interesse gefördert werde. (Beifall rechts.)

Abg. v. Wiedersperg erklärt sich gegen eine zu große Zerspaltung der Subventionen für Viehzüchter. Abg. Ruf betont die Nothwendigkeit der Subventionierung kleiner Grundbesitzer, welche Ameliorationen vornehmen, und stellt den Antrag, die Regierung möge im nächstjährigen Budget diesbezüglich Vorkehrungen treffen.

Bei der Abstimmung werden die Anträge des Ausschusses angenommen. — Nächste Sitzung morgen 10 Uhr vormittags.

Feuer zum Ausbruch, das, durch den starken Wind angefaßt, so rasch um sich griff, daß die Soldaten, um ihr Leben zu retten, aus den Fenstern springen mußten. Ein Hauptmann sprang aus einem Fenster des zweiten Stockes wunderbar glücklich herab, ohne sich zu beschädigen, minder glücklich war der ihm nachspringende Soldat, welcher sich beide Füße brach. Vor dem Locale, wo die Munition aufbewahrt wird, stand ein Posten, von dem man nicht weiß, ob er sich retten konnte oder nicht, wahrscheinlich ist es, daß er verunglückte, weil über die brennende Stiege herabzugelangen unmöglich war. Die Arrestanten brachen mit großer Anstrengung die Fensterlöcher des Arrestlocales durch, um ihr Leben zu retten. Bei dem Sturmwinde fanden die immer weitergreifenden Flammen reichliche Nahrung an den alten Gebäuden Freistadt, so daß die Local-Lothausstalten gleich in der ersten Viertelstunde ihre Dymmacht gegenüber dem wüthenden Elemente erkannten und die Feuerwehr der Landeshauptstadt Linz sogleich um Hilfe anriefen, welche die Linzer Feuerwehr ihnen zu bringen mit ungeheurer Schnelligkeit sich beeilte, so daß sie schon um 3 Uhr in Freistadt eintraf. Die Kaserne und 38 Häuser brannten total ab. Die Linzer Feuerwehr langte Montag um 9 Uhr früh wieder in Linz an. Wie aus Linz telegraphiert wird, soll ein Hauptmann des Jägerbataillons bei der Rettung ärarischer Gegenstände in den Flammen umgekommen sein, und sollen mehrere Soldaten schwere Wunden und Beinbrüche erlitten haben.

(Von der Pasterze.) Wie man der „Klag. Zig.“ aus dem Müllthale berichtet, hat das milde Aprilwetter auch in der Hochalpenregion ganz abnorme Frühlingserscheinungen nachgerufen. Am 30. April wurde das Glocknerhaus auf der Elisabeth-Ruhe von Herrn Hermann Schöber besucht und die Umgebung vollkommen schneefrei gefunden. In einer Zeit, wo im vergangenen Jahre der Zugang zu diesem über 2000 Meter hoch liegenden Unterkunftssthanje fast nicht möglich war, sieht es heute schon ganz sommerlich aus, kein Wunder, daß auch schon zahlreiche Alpenblumen, wie Frühlingsafran, Frühlingskuckenschele, Alpendrattelblume, Kreuzkraut und gelbblühende immergrüne Hungerblümchen, den schon so früh von der Winterlast befreiten Alpenboden schmücken. Um 12 Uhr mittags war trotz sehr schlechter Witterung die Temperatur im Hause 4 Grad und im Freien an der Nordseite desselben 5 Grad Reaumur oder Null. Der während des Aufstieges gefallene Schnee verschwand während des Aufenthaltes auf der Elisabeth-Ruhe, ein hinlänglicher Beweis der dort oben schon herrschenden Luft- und Bodentemperatur. Im Unterkunftssthanje wurde alles in Ordnung getroffen; kein feuchtes Fleckchen war darin zu finden, und hatten die Räumlichkeiten sofort bezogen werden können. Daß die vollständige Wegsamkeit in der Pasterzengegend auch noch über die Elisabeth-Ruhe hinausreicht, kann man aus der weiteren Mittheilung entnehmen, daß Dr. Wagner aus Wien am 25. April bei der Hoffmanns-Hütte und zwei Tage später sogar auf der Adlersruhe war.

Locales.

Der Amtsantritt des Herrn Landespräsidenten.

Der Herr Landespräsident Winkler hat seinen Amtsantritt bereits den weltlichen und geistlichen Behörden des Landes angezeigt und bei dieser Gelegenheit hervorgehoben, ein wie großes Gewicht er auf das einmüthige, sich gegenseitig fördernde Vorgehen aller öffentlichen Organe zum Wohle des seiner Ob- sorge anvertrauten Landes lege.

Den Bezirkshauptmännern hat der Herr Landespräsident in seinem Antrittsberichte insbesondere empfohlen, das Vertrauen der Bevölkerung zu den Behörden durch humanes und zuvorkommendes Auftreten zu stärken und so dahin zu wirken, daß in der Bevölkerung die Ueberzeugung immer festere Wurzeln schlägt, es liege den Beamten nur das Wohl des Volkes am Herzen, sie achten die im Gesetze begründeten Rechte jedes Staatsbürgers und seien bereit, dieselben zu schützen.

In dem an den Bürgermeister von Laibach und an die Vorsteher aller übrigen Gemeinden des Landes gerichteten Schreiben versicherte der Herr Landespräsident, daß er als seine vorzügliche Pflicht erachte, das so enge mit dem Staatswohle verknüpfte Wohl der Gemeinden möglichst zu fördern und zu heben, daß dies jedoch nur erreicht werden könne, wenn sich die staatlichen und autonomen Organe zusammenfänden in einmüthigen Wirken auf dem Boden des Gesetzes. Die Aufgaben der Regierung und der Gemeinden seien nicht nur enge verbunden, sondern in vielen Fällen geradezu identisch. Bei Lösung der gemeinsamen Aufgabe möge die leitende Triebfeder die Liebe zu Kaiser und Vaterland sein, welche nach dem Zeugnisse der Geschichte von jeher den Ruhm der Bevölkerung Krains bildete.

Am 5. d. M. nahm der Herr Landespräsident die Vorstellungen des Domcapitels, welches unter Führung des hochwürdigen Herrn Fürstbischöfs Dr. Bogacur erschied, dann des Landesauschusses und der Beamten der Landesregierung entgegen.

Die Anrede des Herrn Fürstbischöfs beantwortete der Herr Landespräsident indem er seinen Dank für die freundliche Begrüßung und die Hoffnung aussprach, daß das gute Einvernehmen zwischen den staatlichen und kirchlichen Behörden in Krain stets ein ungestörtes bleiben werde, denn es hänge hievon das Wohl der Bevölkerung so sehr ab, daß — wenn irgendwo — in erster Linie für das Wirken der weltlichen und geistlichen Behörden der Wunsch unseres erhabenen Monarchen „Viribus unitis“ Geltung habe.

Dem Herrn Landeshauptmanne, Hofrath Dr. R. v. Kaltenecker, welcher den Herrn Landespräsidenten namens des krainischen Landesauschusses mit einer Ansprache begrüßte und in derselben die immervährende Treue des Landes Krain gegen Kaiser und Vaterland hervorhob, dankte der Herr Landespräsident in verbindlichen Worten für das freundliche Entgegenkommen des Landesauschusses und fügte bei, er hoffe auf das harmonische Zusammenwirken der autonomen und Regierungorgane und halte sich überzeugt, daß die vom Herrn Landeshauptmanne hervorgehobene Liebe der Bevölkerung Krains zu Sr. Majestät dem allergnädigsten Kaiser und zum Vaterlande das beste Mittel sein werde, die im Volke und in der Landesvertretung herrschenden Gegensätze und Meinungsverschiedenheiten zu mildern und auszugleichen.

Auf die im Namen der Beamten der Landesregierung gehaltene Begrüßungsrede des Herrn Hofrathes Dr. Ritter v. Schöpl erwiderte der Herr Landespräsident, indem er das erhaltende Moment der Eintracht betonte und deren Förderung den Beamten sowohl im collegialen Verkehr als nach außen hin auf das wärmste ans Herz legte. Der Beamte — sagte der Herr Landespräsident — müsse vor allem das Vertrauen der Bevölkerung zu gewinnen trachten. Dies könne aber in erster Linie nur dadurch geschehen, daß er den verschiedenartigen Strömungen gegenüber ruhig und leidenschaftlos auf dem Standpunkte des Gesetzes, als dessen treuer Wächter, beharre. Es solle keinem Beamten die Bethätigung seiner staatsbürgerlichen Rechte irgendwie verkümmert werden, allein es lasse sich nicht verkennen, daß es Aufgabe des Beamten sei, bei schroff hervortretenden Gegensätzen im öffentlichen Leben sich nicht an dem Streite der Parteien zu betheiligen, sondern vielmehr die Rolle des Vermittlers zu übernehmen, damit sich im Interesse aller ein Geist der Ruhe und der Versöhnung Bahn breche. Es müsse von der Einsicht und Pflichttreue der Beamten erwartet werden, daß sie sich der Erfüllung dieser Aufgabe nicht entziehen.

(Herr Landespräsident Winkler) verweist am Sonntag abends auf einige Tage nach Wien.

(Ritter v. Kallina.) Die von mehreren Wiener Blättern gebrachte Nachricht, daß der Herr Statthalter Ritter v. Kallina infolge eines Herzleidens beurlaubt worden sei, wird von denselben dementiert. Nach der „Presse“ soll Herr v. Kallina schon morgen zur Uebernahme der Amtsleitung in Brünn eintreffen.

(Justizernennungen.) Der Bezirksgerichtsadjunct in Marburg Herr Carl Nadamlenzki wurde zum Adjuncten beim Kreisgerichte in Cilli ernannt. — Der Bezirksgerichtsadjunct Herr Carl Tertnik wurde über sein Ansuchen von Rann nach Marburg übersezt.

(Das Böglings-Concert der philharmonischen Gesellschaften.) welches die Direction des genannten Vereines vorgestern abends im Redoutensaale veranstaltete, fand vor einem alle Räume bis aufs letzte Plätzchen füllenden und den Productionen mit der lebhaftesten Theilnahme folgenden Publicum statt, das denn auch jede einzelne Leistung mit nicht endendem Beifalle belohnte. Diese Leistungen waren aber auch im ganzen und großen über den Rahmen eines Schülerconcertes hinausreichend und erzeugten im Publicum die Stimmung, als befände es sich in einem Concerte, in welchem bereits concertfähige Dilettanten sich producierten. Wir hatten Gelegenheit, in Fräulein Kordin und v. Gladung zwei mit schönen Stimmen und Naturell ausgestattete Kunstjüngerinnen, in Herrn E. Pfefferer einen Violinisten mit bereits weit vorgeschrittener Technik, in den Herren Victor Pessial und Friedrich Rauhly correcte Spieler, in Fräulein M. Kouschegg eine ganz vorzügliche, über schönen Anschlag und künstlerische Auffassung verfügende Pianostimme, sowie in Herrn Andolzel einen mit ausgebildeter Technik und großer Kraft wirkenden Pianisten kennen zu lernen, die sämmtlich mit Leistungen vor das Publicum traten, denen wir künftig in den Gesellschaftsconcerten wieder zu begegnen wünschen und hoffen. Fügen wir noch hinzu, daß die Damen L. Kouschegg und E. Ribitsch im Mendelssohn'schen Octett (erster Satz) im Vereine mit Fr. M. Kouschegg und Herrn J. Andolzel eine brillante Aufführung des genannten Tonwertes ermöglichten, daß Fräulein Eberhard einen tüchtig geschulten zweistimmigen Frauenchor vorführte, und daß Herr J. Gerstner durch zwei Ensemblestücke für die Violine, in welchen achtzehn Schüler mit bewundernswerter Accurateffe und Feinheit spielten, das Publicum geradezu elektrisirte, so kann der Satz gewiß ehrlich ausgesprochen werden, daß das Schülerconcert einen großen Erfolg der tüchtigen Lehrkräfte, die an unseren Gesellschaftsschulen wirken, errang und daß die Ehren des Abendes zu gleichen Theilen

dem Fr. Eberhard sowie den Herren J. Böhrer und J. Gerstner gebühren, und daß es wohl wenige Musikvereine kleinerer Landeshauptstädte geben mag, welche sich so durch und durch tüchtiger, dem Lehrberufe so ergebener und mit solchem Erfolge wirkender Lehrkräfte rühmen können.

Nur Ein Gedanke erfüllte uns mit Betrübnis, daß es nämlich der philharmonischen Gesellschaft noch immer aufgebürdet ist, mit ihren kostspieligen Schulen, die doch für Stadt und Land so wohlthätig wirken, den mühevollen Kampf ums Dasein zu kämpfen, ohne bisher, wie dies bei allen übrigen Musikvereinen Oesterreichs der Fall ist, von maßgebender Seite Unterstützung zu finden. Während beispielsweise der Musikverein in Innsbruck vom Staate eine Subvention von 1000 fl., vom Lande eine solche von 500 fl. und von der Stadt von 600 fl. bezieht, erhält die philharmonische Gesellschaft, mit Ausnahme der krainischen Sparkasse, welche einen Jahresbeitrag von 200 fl. für die Schulen großmüthig gibt, von keiner Seite eine Aushilfe, ja vom Lande erfährt sie seit längerer Zeit sogar eine nicht unbedeutende drückende Belastung, indem die Gesellschaft, die schon im vorigen Jahrhundert bis in die letzte Zeit den ständischen Saal unentgeltlich benützte, nun per Concert 20 fl. entrichten muß. Daher kommt es auch, daß an subventionierten Musikvereinen auch Holz- und Blechblasinstrumente gelehrt werden, und daß in solchen Ländern, welche ihre Musikvereine unterstützen, die Instrumentalmusik in Civillkapellen und guten Kirchenmusikern die dafür verwendeten Kosten reichlich lohnt, und daß zum Beispiel in Böhmen und Tirol in jedem Dorfe eine Musikbande existiert, während bei uns infolge Mangels von Lehrkräften die Musik hier und auf dem Lande ganz darniederliegt, nicht einmal die Landeshauptstadt eine den Verhältnissen einer solchen entsprechende Civillkapelle besitzt und der Claviercultus jedes Streben auf dem Gebiete anderer Instrumentalmusik förmlich erdrückt. Man gebe der philharmonischen Gesellschaft die Mittel an die Hand, Lehrkräfte für die verschiedenen Instrumente anzustellen, und die so oft ventilirte und oft, jedoch nie mit Glück in Angriff genommene Musikfrage wird eine gesunde Basis für eine bessere Zukunft finden.

(Aus Ratschach.) Bei der neuen Gemeindevertretungswahl der Ortsgemeinde Ratschach in Unterkrain wurden Franz Zubancic, Wirt und Fleischer in Ratschach, zum Gemeindevorsteher und Josef Vogel, Georg Simoncic, Johann Plajer, Ignaz Weß, Anton Klembach und Johann Titovsek zu Gemeinderäthen gewählt.

(Schadenfeuer.) In dem Wohnhause des Besitzers Jakob Balar in Oberotawe im politischen Bezirke Voitsch kam am 23. v. M. ein Schadenfeuer zum Ausbruche, welches den Dachstuhl nebst einigen Feurvorräthen einäscherte und einen nicht versicherten Schaden in der Höhe von 200 fl. anrichtete. Das Feuer soll infolge eines nicht vorschriftsmäßig gemauerten Rauchfanges entstanden sein.

(Ungeschwemmter Leichnam.) Nächst der Südbahnstation Sagor wurde am 29. v. M. ein bereits im vorgerückten Verwesungsstadium befindlicher männlicher Leichnam an das linke Save-Ufer angeschwemmt, in welchem man den seit 2. v. M. vermissten 50jährigen Bahnarbeiter Michael Koritnik vulgo Vanisar aus Mofchernik erkannte. Der Verunglückte dürfte seinerzeit zwischen Sava und Sagor durch Zufall in den Fluß gestürzt sein, da an dem Leichname keine Spur einer verübten Gewaltthat sichtbar war.

(Südbösterreichischer Holzhandlertag in Villach.) Uebermorgen, den 9. d. M., findet in Villach der letzten Generalversammlung des kärntischen Forstvereines angeregte erste südbösterreichische Holzhandlertag statt. Auf dem Programm der Versammlung stehen: ein Antrag auf allgemeine Einführung des gesetzlichen Maßes im gesammten Holzverkehre, auf Aufstellung einheitlicher allgemeiner Normen für den Schnittholzhandel und auf Abstellung der gegenwärtig eingerissenen Mißbräuche, sowie die Wahl einer ständigen Commission zur Wahrung der Interessen des südbösterreichischen Holzhandels.

(Südbahn.) Wie man der Grazer „Zgpst.“ aus Wien schreibt, wird die Südbahn-Gesellschaft vom 15. Mai d. J. an auf ihren sämmtlichen Linien rücksichtlich aller im Eilgut- und Frachtenverkehre zur Beförderung kommenden Sendungen für den von der Aufgabstation auszufertigenden Aufnahmschein — gleich den übrigen österreichischen Eisenbahnverwaltungen — außer der ärarischen Stempelgebühr von 5 kr. eine Aufnahmscheingebühr von 4 kr. zugunsten der Bahnanstalt einheben.

Original-Correspondenz.

Graz, 5. Mai. — In unserer Stadt hat sich vor kurzem ein Verein constituirt, dessen Zweck dahin geht, in den Statuten der mit der Wiener Sparkasse verbundenen allgemeinen Versorgungsanstalt jene Aenderungen zu erzielen, welche die materiellen Interessen der zahlreicheren, über ganz Oesterreich vertheilten Teilnehmer dieser Anstalt besser zu wahren imstande sind, als dies nach den gegenwärtigen Statuten leider der Fall ist. Aus Laibach haben bisher drei Rentenscheinbesitzer

ihren Beitritt zu dem neuen Vereine angemeldet, doch sieht zu erwarten, dass mit dem weitern Bekanntwerden der Vereinstendenz noch viele andere diesem Beispiele folgen werden, da das außerordentlich langsame, kaum nennenswerte Steigen der alljährlich zur Vertheilung gelangenden Dividenden mit Recht darauf schließen lässt, dass die Organisation dieser weitverzweigten und im Grunde von einer sehr gesunden Idee ausgehenden Anstalt, auf die so mancher seine Altershoffnungen setzt, eine gründlich verfehlte sein müsse, der nur auf dem Wege der Vereinigung vieler Theilnehmer abgeholfen werden könne. Als Referent bei der in der vorigen Woche in Graz abgehaltenen constituierenden Generalversammlung des neuen Vereins fungierte der k. k. Staatsanwalt Herr J. Kofos; derselbe begründete eingehend die Anklagen, welche gegen den ersten Wiener Sparkassenverein als Verwalter der Versorgungsanstalt erhoben werden. Die ursprünglichen Statuten, an welche sich für die Theilnehmer glänzende Ausichten knüpften, wurden ohne Zustimmung der Theilnehmer im Laufe der Jahre mehrfach zu deren Ungunsten abgeändert. Auch haben die Theilnehmer nicht die geringste Einflussnahme auf die Gebarung, sondern die Sparkasse sei Verwalter, Schuldner und Gläubiger, alles in Einer Person, und entnimmt dem Vermögen der Versorgungsanstalt unter dem Titel einer Regiekostenvergütung jährlich 75,000 fl.; überdies belief sich das Administrationsconto im abgelaufenen Jahre auf 234,427 fl., und endlich fallen der Sparkasse von der Einlage jedes verstorbenen Theilnehmers zehn Procent aus dem Titel des „Verzehrungsrechtes“ zu.

Ueber den Antrag des Referenten beschloss die Versammlung eine Adresse an den Obercurator der Sparkasse, Nikolaus Dumba, mit der Erklärung, dass die Theilnehmer kein Vertrauen zur gegenwärtigen Verwaltung haben und eine Vermögensnachweisung verlangen, ferner ein Ersuchsschreiben an sämtliche vierzig (von der Sparkasse ernannten) „Vertreter“ der Theilnehmer mit dem Verlangen nach voller Einsicht in die Rechnungen, Wahl der Vertreter durch die Interessenten, Theilnahme sämtlicher Interessenten an der Generalversammlung mit entscheidender Stimme. — Der Verein zählt gegenwärtig schon 238 Mitglieder und repräsentiert ein Theilnehmerkapital von 103,617 fl. Zum Obmann desselben wurde in der Generalversammlung der k. k. Kämmerer Herr Emil Baron Kavanagh-Ballyane (Reitschulgasse Nr. 2) und zu dessen Stellvertreter der k. k. Staatsanwalt Herr J. Kofos (Hilfsteichstraße Nr. 161) gewählt. Die beiden Genannten nehmen weitere Beitrittserklärungen entgegen und sind auch bereit, Anfragen über den Verein mündlich oder schriftlich zu beantworten. J. B.

Neueste Post.

Original-Telegramm der „Laib. Zeitung.“
Wien, 6. Mai. (Abgeordnetenhaus.) Unter Bezugnahme auf die Interpellation des Abgeordneten Sturm legte der Handelsminister in Vertretung des Finanzministers den Ausweis über die ehemaligen Staatsvorschußschaften vor. Hiernach wurden 18.5 Millionen Vorschüsse verausgabt, davon wurden getilgt: bar 15.4 Millionen, durch Uebernahme eines Kohlenwerks 0.8 Millionen, durch Uebernahme der Actien zweier Industrie-Unternehmungen 1.1 Millionen, wegen Uneinbringlichkeit wurden abgeschrieben 12,407 fl., mit Ende April waren noch ausstehend 1.1 Millionen, an Zinsen sind eingeflossen 2.9 Millionen. — Der Antrag des Abgeordneten Dr. Herbst, die gestrige Interpellationsbeantwortung des Justizministers in der Sprachenverordnungsfrage einer Besprechung zu unterziehen, wurde abgelehnt.

Wien, 5. Mai. Im Abgeordnetenhause beantwortete Stremayr die Interpellation wegen der Sprachenverordnung, erklärend, dass sich die Regierung mit

dieser Verordnung, wodurch beiden Nationen Böhmens das Recht des freien Gebrauches ihrer Sprache gesichert ist und wodurch lediglich den Behörden in Erinnerung gebracht wird, bei Amtshandlungen das den Parteien gesetzlich zustehende Recht zu achten, innerhalb der Grenzen ihrer Pflicht bewegte und dass die Regierung deshalb einem etwaigen Ausspruche des Reichsgerichtes mit Beruhigung entgegenstehe. Die Begriffe „Landessprache“ und „landesübliche Sprache“ werden schon im Artikel 19 des Staatsgrundgesetzes alternativ gebraucht, es kann deshalb keinem Zweifel unterliegen, dass in Böhmen und Mähren die deutsche und böhmische Sprache die landesüblichen und Landessprachen sind. (Beifall rechts.) Die Regierung entfernte sich nicht von dem, was bisher in Böhmen und Mähren bei allen Gerichten praktisch geübt wurde; sie selbst sehe sich verpflichtet, nebst dem Interesse der Förderung der Sprache auch die Interessen der Administration und der Justizpflege zu wahren und zu verhindern, dass die Verwaltung der Justizpflege nicht zur Dienerin nationaler Aspirationen gemacht werde. (Beifall rechts.)

Prag, 5. Mai. Die „Bohemia“ erklärt die Meldungen von dem bevorstehenden Besuche des belgischen Königs paares und der Prinzessin Stefanie in Prag auf Grund authentischer Informationen als unrichtig.

Prag, 5. Mai. (W. Allg. Ztg.) In Prag wird morgen die erste Ausstellung der slavischen Nationaltrachten eröffnet. Aus Böhmen, Mähren und Schlesien ist die Ausstellung sehr zahlreich besichtigt worden.

Prag, 5. Mai. (Frbbl.) Die fürstlich Lobkowitz'sche Zuckerfabrik in Raasditz ist heute nachts abgebrannt. Dieselbe war mit circa einer Million bei den Concordatsanstalten versichert.

Berlin, 5. Mai. Die gestrige Soirée bei Bismarck war zahlreichst besucht. Der Fürst begrüßte seine Gäste, namentlich Windthorst, mit zuvorkommendster Freundlichkeit. Der Kanzler vermißte jeden politischen Excurs. Auf die Bemerkung eines Abgeordneten: „Die letzten Tage waren heiß“, erwiderte der Fürst: „Das thut nichts, das rüttelt auf.“ Die Soirée war nach elf Uhr zu Ende.

Paris, 5. Mai. „Die Agence Havas“ meldet: Bei dem officiellen Empfange der diplomatischen Vertreter erklärte Lord Granville, dass das englische Cabinet unumwunden die Aufrechterhaltung des Berliner Vertrages übernehme, ohne die Patenschaft für denselben zu beanspruchen. Das Cabinet werde sich an keiner festländischen Allianz betheiligen. Die Beziehungen mit Frankreich werden in herzlicher Weise fortgesetzt werden. Granville sprach die Hoffnung aus, dass der Eindruck, welchen das Verhalten der Liberalen im Jahre 1870 in Frankreich gemacht, nicht vorhalten werde. Das englische Cabinet werde die Forderungen Griechenlands unterstützen. Bezüglich Egyptens glaubt Granville, dass das dermalige Einvernehmen zwischen den französischen und englischen Agenten alle Schwierigkeiten ebnen werde.

Paris, 5. Mai. (N. fr. Pr.) Auf Ansuchen von Deputierten der äußersten Linken hat Grévy 65 Communards, deren Gefängnisstrafe in Verbannung verwandelt worden war, gänzlich begnadigt.

London, 5. Mai. Das „Bureau Reuter“ meldet aus Shangai: Die chinesische Regierung verwarf den Vertrag von Kulscha gänzlich, verlangt die bedingungslose Wiederabtretung von Su und gab zu verstehen, sie werde im Weigerungsfalle den District besetzen. In Anbetracht dieser Differenzen mit Rußland wurde ein günstiges Abkommen mit Japan in der Loochoofrage getroffen; auch läßt die chinesische Regierung Kriegsvorräthe nordwärts dirigieren.

Constantinopel, 5. Mai. Die Pforte versendet an ihre Vertreter im Auslande als Antwort auf die letzten beiden Circulardepeschen Tricupis eine Note, worin sie behauptet, dass das von officieller griechischer Seite beklagte Brigantaggio hauptsächlich von hellenischen Actioncomités genährt werde. Schließ-

lich verwahrt sich die Pforte energisch gegen die schwere Anschulldigung, dass sie Maßregeln treffe, um die Arbeiten der europäischen Commission zu behindern.

Telegraphischer Wechselkurs

vom 5. Mai.

Papier-Rente 73.15. — Silber-Rente 73.80. — Gold-Rente 89.50. — 1860er Staats-Anlehen 130.25. — Banfactien 840. — Creditactien 279.30. — London 119.20. — Silber — — — k. k. Münz-Ducaten 5.61. — 20-Franken-Stücke 9.48 1/2. — 100-Reichsmark 58.60.

Handel und Volkswirtschaftliches.

Laibach, 5. Mai. Auf dem heutigen Markte sind erschienen: 4 Wagen mit Getreide, 2 Wagen mit Heu und Stroh, 18 Wagen und 2 Schiffe mit Holz (18 Cubikmeter).
Durchschnitts-Preise.

	Mitt. fl. tr.	Mitt. fl. tr.		Mitt. fl. tr.	Mitt. fl. tr.
Weizen pr. Hektolit.	10.56	11.30	Butter pr. Kilo	70	—
Korn	6.81	7.19	Eier pr. Stück	13	—
Gerste (neu)	5.39	5.40	Milch pr. Liter	8	—
Hafer	3.56	3.70	Rindfleisch pr. Kilo	54	—
Halbfrucht	—	8.13	Kalbsteisch	52	—
Heiden	5.51	6.3	Schweinefleisch	36	—
Hirse	5.39	5.97	Schöpfensfleisch	60	—
Kukuruz	6.66	7.21	Hühner pr. Stück	18	—
Erdäpfel 100 Kilo	3.30	—	Tauben	187	—
Linjen pr. Hektolit.	8	—	Heu 100 Kilo	1.78	—
Erbisen	8.50	—	Stroh	—	—
Fisolen	9	—	Holz, hart, pr. vier Q.-Meter	6.80	—
Rindschmalz " Kilo	82	—	— weiches	4.50	—
Schweineschmalz "	70	—	Wein, roth, 100 Lit.	20	—
Speck, frisch	60	—	— weißer	16	—
— geräuchert	64	—			

Verstorbene.

Den 6. Mai. Elisabeth Laurin, Hausbesitzerin, 65 J., Kolesiagasse Nr. 4, Gehirnerschütterung.

Im Civilspitale:

Den 3. Mai. Thomas Terzel, Tagelöhner, 61 J., infolge zufälliger erlittener Verletzungen.

Den 4. Mai. Georg Martinat, Tagelöhner, 48 J., Leberentartung. — Franz Rudolf, Tagelöhner, 48 J., Lungentuberculose.

Den 5. Mai. Josefa Papič, Tabakfabrikarbeiterin, 24 J., Lungentuberculose.

Lottoziehung vom 5. Mai:

Prag; 83 67 71 17 44.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Zeit der Beobachtung	Barometerstand in Millimetern auf 0° C. reducirt	Lufttemperatur nach Celsius	Wind	Ansicht des Himmels	Niederschlag in Millimetern
7 U. Mg.	729.20	+11.0	SB. schwach	bewölkt	0.70
5. 2 " N.	729.46	+17.0	SB. schwach	bewölkt	Regen
9 " Ab.	730.50	+12.8	SB. schwach	bewölkt	
7 U. Mg.	730.28	+15.3	SB. schwach	heiter	0.00
6. 2 " N.	729.69	+18.3	SB. schwach	theilw. bew.	
9 " Ab.	730.40	+14.0	SB. schwach	theilw. heiter	

Den 5. tagsüber wechselnde Bewölkung, einzelne Sommerblide, wenig Regen. Den 6. herrlicher Morgen, angenehmer sonniger Tag. Das Tagesmittel an beiden Tagen + 13.6° und + 15.9°, beziehungsweise um 1.7° und 3.8° über dem Normale.

Verantwortlicher Redacteur: Ottomar Bamberg.

Die Modenwelt

Nr. 15 vom 3. Mai 1880 und

Die illustrierte Frauen-Zeitung

Nr. 9 vom 3. Mai 1880 sind eingetroffen und werden versendet. — Bestellungen auf obige Journale übernimmt und besorgt pünktlich

Jg. v. Kleinmayr & Fed. Bamberg's Buchhandlung.

Laibach.

Börsenbericht.

Wien, 5. Mai. (1 Uhr.) Der Umfang des Geschäftes war von keinem besonderen Belange, die Haltung der Börse jedoch eine entschieden feste. Geld war ziemlich flüßig und die Effectenversorgung unterlag infolge dessen keinen besonderen Schwierigkeiten. Die Nachfrage nach

Werb	Ware
Papierrente	73 15 73 25
Silberrente	73 85 73 95
Goldrente	89 25 89 35
Loose, 1854	122 50 123 —
" 1860	130 — 130 50
" 1860 (zu 100 fl.)	132 50 133 —
" 1864	174 25 174 50
Ang. Prämien-Anl.	112 — 112 50
Credit-B.	176 75 177 —
Rudolfs-B.	17 75 18 —
Prämienanl. der Stadt Wien	118 50 118 75
Donau-Regulierungs-Lose	112 50 113 —
Domänen-Pfandbriefe	147 — 147 50
Oesterr. Schatzscheine 1881 rückzahlbar	101 — 101 25
Oesterr. Schatzscheine 1882 rückzahlbar	101 75 102 25
Ungarische Goldrente	106 50 106 60
Ungarische Eisenbahn-Anleihe	125 75 126 —
Ungarische Eisenbahn-Anleihe, Cumulativstüde	125 50 126 —
Anlehen der Stadtgemeinde Wien in B. B.	102 — 102 25

Werb	Ware
Grundentlastungs-Obligationen.	
Böhmen	103 — 104 —
Niederösterreich	104 75 105 25
Galizien	98 50 99 —
Siebenbürgen	93 25 93 75
Remer Banat	94 — 94 50
Ungarn	94 50 95 —
Actien von Banken.	
Anglo-östr. Bank	145 30 145 50
Creditanstalt	280 — 280 30
Depositenbank	214 — 215 —
Creditanstalt, ungar.	269 — 269 30
Oesterreichisch-ungarische Bank	841 — 843 —
Unionbank	109 80 110 —
Verkehrsbank	130 — 130 50
Wiener Bankverein	137 — 137 50
Actien von Transport-Unternehmungen.	
Alföld-Bahn	157 — 157 50
Donau-Dampfschiff-Gesellschaft	595 — 597 —
Elisabeth-Westbahn	190 — 190 50
Ferdinands-Nordbahn	2447 — 2452 —

Werb	Ware
Actien von Eisenbahnen.	
Franz-Joseph-Bahn	169 75 170 25
Galizische Carl-Ludwig-Bahn	265 75 266 —
Raschau-Oderberger Bahn	127 50 128 —
Bemberg-Czernowitzer Bahn	170 — 170 50
loyd-Gesellschaft	665 — 667 —
Oesterr. Nordwestbahn	162 — 162 50
Rudolfs-Bahn lit. B.	164 50 165 —
Staatsbahn	160 — 160 50
Südbahn	278 50 279 —
Theiß-Bahn	83 — 83 50
Ungar.-galiz. Verbindungsbahn	246 — 246 50
Ungarische Nordostbahn	137 50 138 —
Ungarische Westbahn	146 50 147 —
Wiener Tramway-Gesellschaft	149 — 149 50
238 — 239 —	
Pfandbriefe.	
Allg. öst. Bodencreditanst. (i. Ö.)	120 50 121 —
(i. B.-B.)	102 — 102 30
Oesterreichisch-ungarische Bank	102 70 102 85
Ung. Bodencredit-Anst. (B.-B.)	101 75 102 25
Prioritäts-Obligationen.	
Elisabeth-B. 1. Em.	99 50 99 75
Ferd.-Nordb. in Silber	107 50 108 —

Werb	Ware
Actien von Eisenbahnen.	
Franz-Joseph-Bahn	101 75 —
Gal. Carl-Ludwig-B., 1. Em.	107 50 —
Oesterr. Nordwest-Bahn	103 — 103 50
Siebenbürger Bahn	84 50 85 —
Staatsbahn 1. Em.	177 25 177 75
Südbahn à 3%.	126 — 126 50
à 5%	111 — 111 50
Devisen.	
Auf deutsche Plätze	58 05 58 15
London, kurze Sicht	119 15 119 30
London, lange Sicht	119 20 119 30
Paris	47 15 47 20
Geldsorten.	
Ducaten	5 fl. 61 tr. 5 fl. 62 tr.
Napoleons'or	9 " 48 1/2 " 9 " 49 "
Deutsche Reichsnoten	58 " 60 " 58 " 65 "
Silbergulden	— " — " — " — "
Krainische Grundentlastungs-Obligationen:	
Geld 100 —, Ware 101 —, Credit 279 80 bis 280 —, Anglo 145 50 bis 146 —	

Nachtrag: Um 1 Uhr 15 Minuten notieren: Papierrente 73 10 bis 73 20. Silberrente 73 80 bis 73 90. Goldrente 89 40 bis 89 50. London 119 15 bis 119 30. Napoleons 9 48 1/2 bis 9 49.